

<b>Vorlage</b>		Vorlage-Nr:	FB 56/0364/WP17
Federführende Dienststelle: Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration		Status:	öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n: Fachbereich Kinder, Jugend und Schule		AZ:	
		Datum:	11.03.2020
		Verfasser:	FB 56
<b>Sachstand zur humanitären Situation in griechischen Flüchtlingslagern; hier: Tagesordnungsantrag der Fraktionen im Rat (CDU, SPD, Grüne, Linke, FDP, Piraten) vom 04.03.2020</b>			
<b>Beratungsfolge:</b>			
<b>Datum</b>	<b>Gremium</b>	<b>Zuständigkeit</b>	
18.03.2020	Rat der Stadt Aachen	Kenntnisnahme	

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Tagesordnungsantrag der Fraktionen im Rat (CDU, SPD, Grüne, Linke, FDP, Piraten) vom 04.03.2020 gilt als behandelt.

Philipp

Oberbürgermeister

## Finanzielle Auswirkungen

	JA	NEIN	
		X	

<b>Investive Auswirkungen</b>	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
	Einzahlungen	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<b>+ Verbesserung / - Verslechterun g</b>	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

<b>konsumtive Auswirkungen</b>	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Folgekoste n (alt)	Folgekost en (neu)
	Ertrag	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<b>+ Verbesserung / - Verslechterun g</b>	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

## **Erläuterungen:**

Mit Antrag vom 04.03.2020 (Anlage 1) beantragen die im Rat der Stadt Aachen vertretenen Fraktionen für die Sitzung des Rates am 18.03.2020 die Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Sachstand zur humanitären Situation in griechischen Flüchtlingslagern“.

Seit Monaten berichten die Medien über die Situation in den griechischen Flüchtlingslagern, insbesondere auf den Ägäis-Inseln. Mehr als 40.000 Flüchtlinge leben dort in sehr schwierigen Lebensumständen. Der UNHCR appellierte am 07.02.2020 (Anlage 2) an die griechische Regierung, Sofortmaßnahmen zu ergreifen. Es sei von entscheidender Bedeutung, dass die EU Mitgliedstaaten ihre Solidarität unter Beweis stellen und durch Umverteilung von Asylsuchenden zur Entlastung der Situation beitragen.

In Aachen sind zum Stand 29.02.2020 insgesamt 1842 Menschen in den Unterkünften für Flüchtlinge untergebracht. Perspektivisch geht der Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration davon aus, weitere Flüchtlinge unterbringen zu müssen.

Aktuell stehen rund 500 freie Plätze zur Verfügung. Unter Berücksichtigung der prognostizierten Zuwächse und durch den Wegfall nur befristet zu nutzender Objekte wird die Zahl der freien Plätze perspektivisch sinken. Zum Erhalt ausreichender Kapazitäten wird derzeit versucht, lediglich interimweise zu nutzende Einrichtungen weiterzuführen bzw. zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Hierzu befindet sich die fachbereichsübergreifende Arbeitsgruppe aktuell im Austausch.

Sollte sich Deutschland bereit erklären, Flüchtlinge aus Griechenland aufzunehmen, ist davon auszugehen, dass diese nach der bisherigen Systematik verteilt werden. In diesem Fall müsste die Stadt Aachen pro 10.000 zu verteilender Personen 27 Menschen aufnehmen. Die Stadt Aachen ist sowohl aufnahmebereit als auch aufnahmefähig. Nach Einschätzung des Fachbereichs Wohnen, Soziales und Integration wäre eine Aufnahme von 100 Personen sehr kurzfristig möglich.

Die Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Kinder und Jugendlicher erfolgt nach den Vorschriften des SGB VIII durch den Fachbereich Kinder, Jugend und Schule, Abteilung Jugend (FB45/300).

Die in Aachen ankommenden unbegleiteten jungen Menschen werden im Rahmen des § 42a SGB VIII aufgenommen und nach der zwingend zu erfolgenden Altersfeststellung durch die Jugendhilfe adäquat untergebracht. Nach Klärung weiterer Gesundheits- und Jugendhilfeaspekte entscheidet FB 45/300 über die dauerhafte Aufnahme des unbegleiteten Ausländers oder es wird die Meldung an die zentrale Verteilstelle des Landschaftsverbands Rheinland vorgenommen, damit der UMA in einer anderen Kommune innerhalb bzw. außerhalb NRW im Rahmen von Jugendhilfe untergebracht wird. Rund 230 junge unbegleitete Ausländer befinden sich in der dauerhaften Betreuung des FB 45/300. Laut Verteilerschlüssel liegt die aufzunehmende Quote für die Stadt bei zurzeit ca. 90 Minderjährigen.

**Anlage/n:**

Anlage 1 – Tagesordnungsantrag der Fraktionen im Rat (CDU, SPD, Grüne, Linke, FDP, Piraten) vom 04.03.2020

Anlage 2 – Mitteilung des UNHCR vom 07.02.2020

Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Herrn  
Oberbürgermeister  
Marcel Philipp

Rathaus

Eingang bei FB 01  
04. März 2020

**Geschäftsstellen**

Verwaltungsgebäude Katschhof  
Johannes-Paul-II.-Straße 1  
52062 Aachen

**CDU** 0241 / 432 -7211  
**SPD** 0241 / 432 -7215  
**Grüne** 0241 / 432 -7217  
**Linke** 0241 / 432 -7244  
**FDP** 0241 / 432 -7224  
**Piraten** 0241 / 432 -7266

Aachen, den 4. März 2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen im Rat der Stadt beantragen für die Sitzung des Rates am 18. März 2020  
die Aufnahme des Tagesordnungspunktes

**Sachstand zur humanitären Situation in griechischen Flüchtlingslagern**

Mit freundlichen Grüßen


  
Harald Baal  
Vorsitzender CDU-Fraktion

  
Michael Servos  
Vorsitzender SPD-Fraktion

  
Melanie Seufert  
Sprecherin Grüne-Fraktion

  
Leo Deumens  
Vorsitzender Linke-Fraktion

  
Wilhelm Helg  
Vorsitzender FDP-Fraktion

  
Marc Teuku  
Sprecher Piraten-Fraktion

**BRAUCHEN SIE HILFE?**

**SPENDEN**

## Entschlossenes Handeln nötig, um alarmierende Bedingungen auf den Ägäis-Inseln zu beenden

Die Aufnahmezentren auf den Inseln Lesbos, Chios, Samos, Kos und Leros sind völlig überfüllt. Die griechische Regierung wird dazu aufgerufen, Asylsuchende und Migranten auf das Festland zu bringen.

Von UNHCR | 7 Februar 2020



Eine afghanische Asylsuchende und ihre Tochter überqueren im November 2019 in einem improvisierten Lager auf der griechischen Insel Lesbos eine mit Müll verschmutzte Mulde.  
© UNHCR/Achilleas Zavallis

UNHCR fordert Griechenland auf, seine Bemühungen zu verstärken, um die alarmierende Überbelegung und die prekären Bedingungen für Asylsuchende und Migranten auf den fünf griechischen Ägäis-Inseln Lesbos, Chios, Samos, Kos und Leros zu beenden.

UNHCR hat an die griechische Regierung appelliert, Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um eine größere Anzahl Asylsuchender schneller in geeigneten Unterkünften auf dem Festland unterzubringen. Mehr als 36.000 Asylsuchende leben derzeit in Aufnahmezentren auf fünf Inseln, die ursprünglich für 5.400 Menschen ausgelegt waren.

Griechenland hat trotz der sehr komplexen und schwierigen Situation Mitgefühl für Flüchtlinge gezeigt und vor allem die ostägäischen Inseln haben hier eine überproportionale Belastung und Verantwortung übernommen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass andere Regionen in Griechenland ihre Solidarität verstärken, um den Druck zu verringern, indem sie Asylsuchende aufnehmen und Aufnahmeorte schaffen. Die kontinuierliche Bereitstellung europäischer Ressourcen, Kapazitäten und Solidarität sind ebenfalls notwendig, um Griechenland zu unterstützen.

Auf Samos befinden sich 6.782 Menschen in einem für 660 Personen ausgelegten Zentrum, während weitere Menschen in provisorischen Notunterkünften auf umliegenden Feldern an einem steilen Hang leben. Moria auf Lesbos beherbergt 18.342 Menschen in einer Anlage für 2.200 Personen. Weitere Asylsuchende leben in den angrenzenden Olivenhainen.

Die Aufnahmezentren auf Chios, Kos und Leros sind ebenfalls überfüllt. Die Mehrheit der Asylsuchenden und Migranten sind Familien. Ein Drittel sind Kinder, die meisten davon unter zwölf Jahren.

Tausende von Frauen, Männern und Kindern, die derzeit in kleinen Zelten leben, sind Kälte und Regen ausgesetzt und haben kaum oder gar keinen Zugang zu Heizung, Strom oder heißem Wasser. Die Hygiene- und sanitären Bedingungen sind kritisch. Gesundheitsprobleme nehmen zu. Trotz des Einsatzes medizinischer Fachkräfte und freiwilliger Helfer können viele keine Ärzte aufsuchen, da es in den Aufnahmezentren und in den örtlichen Krankenhäusern einfach viel zu wenig medizinisches Personal gibt.

Die Spannungen auf Lesbos waren zu Beginn dieser Woche hoch, als Polizei und Asylsuchende während der jüngsten Proteste aufeinander getroffen sind. Die schlechten Bedingungen und das lange Warten auf den Ausgang des Asylverfahrens haben die Angst und Besorgnis der Asylsuchenden verstärkt. In den letzten Wochen

haben auch lokale Gemeinden protestiert und schnelles Handeln gefordert, um die Inseln zu entlasten.

Das Vertrauen der lokalen Gemeinden muss durch entschlossenes und abgestimmtes Handeln der Regierung, das von der Europäischen Union nachdrücklich unterstützt wird, wiederhergestellt werden.

Längerfristige Lösungen und eine Verbesserung der Bedingungen auf den Inseln sind notwendig, werden jedoch erst möglich sein, wenn die überfüllten Zentren entlastet werden. UNHCR ist weiterhin dazu bereit, Transfers zu unterstützen und schnelle Wege zu finden, um die Aufnahmekapazitäten zu erhöhen. UNHCR appelliert an die europäischen Staaten, Plätze für unbegleitete Kinder und andere besonders schutzbedürftige Personen zu schaffen und den Transfer für jene Kinder zu beschleunigen, für die eine Familienzusammenführung möglich ist.

Fast 2.000 Kinder, die ohne Eltern oder andere Verwandte in Griechenland leben, sind in den Aufnahmezentren der Inseln Gefahren ausgesetzt. Über 5.300 unbegleitete Kinder leben derzeit in Griechenland, und nur weniger als ein Viertel befindet sich in altersgerechten Unterkünften.

Griechenlands Asylsystem ist mit einem Rückstand von fast 90.000 Fällen überlastet. Die Bemühungen der Regierung zur Überarbeitung und Beschleunigung der Asylverfahren müssen dennoch Standards und Schutzmaßnahmen aufrechterhalten. Die Mehrheit der Asylsuchenden in Griechenland hat ein Flüchtlingsprofil und ist voraussichtlich auf internationalen Schutz angewiesen.

UNHCR begrüßt die Gründung eines eigenen Ministeriums, des Ministeriums für Migration und Asyl, um die staatlichen Ressourcen zu erweitern. Der angekündigte Ausbau der Kapazitäten der griechischen Asylbehörde und die Verdoppelung des Personals des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) dürften dazu beitragen, den erheblichen Rückstand bei der Bearbeitung von Asylfällen zu beenden. Es ist unerlässlich, dass alle Regierungsinstitutionen jetzt koordiniert vorgehen, um diese Probleme zu lösen. Nichtregierungsorganisationen, die in Griechenland weiterhin eine wichtige Rolle spielen, sollten ebenfalls miteinbezogen werden.

Die Ankünfte in Griechenland machen nur einen Bruchteil der Zahlen von 2015 und 2016 aus, als eine Million Menschen in Griechenland ankam. Doch mit rund 59.000 Seeankünften im Jahr 2019, in Kombination mit den langwierigen Asylverfahren, hat sich die Situation drastisch verschlechtert. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die EU-Mitgliedstaaten ihre Solidarität unter Beweis stellen und durch die Umverteilung von Asylsuchenden zur Entlastung der Situation beitragen.

UNHCR steht bereit, um Griechenland zu unterstützen und Lösungen für diese komplexe Situation zu finden.